

Bildung jetzt!

Das Bildungskonzept des Katholischen Familienverbandes Österreichs

Am 26. September 2011 fand im VAZ St. Pölten eine Präsentation des bildungspolitischen Grundsatzpapiers des katholischen Familienverbandes statt.

Nach einem Kabarettimpuls von Thomas Koller erzählt der Vorsitzende des Familienverbandes der Diözese St. Pölten OSTR. **Prof. Dr. Josef Grubner** zunächst seinen eigenen schulischen Werdegang, der mit einer achtklassigen Volksschule begann und wo dem Lesen Lernen von Beginn an große Bedeutung zugemessen wurde. Überhaupt stand früher das Erlernen der Grundfertigkeiten Lesen, Rechnen, Schreiben im Vordergrund, heute sieht er eine „Projektitis“ überhand nehmen. Die Medien betonen eine Krise der Bildungsinstitutionen, jeder sieht Reformbedarf, auch der KFÖ leistet seinen Beitrag dazu.

Die Eckpunkte sind:

- Anspruch an eine hohe Qualität der pädagogischen Arbeit
- Wertschätzung bei der Kooperation zwischen Elternhaus und Schule
- sinnvolle Verwaltungsreform
- sinnvolle Qualitätskontrollen
- Bedarfsgerechte Personalentwicklung
- Befürwortung des differenzierenden Schulsystems

Der KFÖ fühlt sich einem christlich humanistischen Menschenbild verpflichtet, er tritt daher für die Beibehaltung des Religionsunterrichts ein. Wo Religionsunterricht nicht stattfindet, soll es verpflichtenden Ethikunterricht geben. Bildung ist untrennbar mit Wertehaltung verbunden, Bildung betrifft die ganze Person, sie ermöglicht es sachlich angemessen und menschlich richtig zu handeln. Leider wird heute der Bildungsbegriff zunehmend ökonomisiert und durch den Kompetenzbegriff ersetzt. Kompetenzen sind wertneutral und für jeden, auch einen negativen Zweck einsetzbar.

In der Schule sollte sich nicht alles nur um die Outputorientierung drehen, denn nicht nur das was messbar ist, ist wichtig und wertvoll.

Dr. Grubner bespricht dann die Broschüre „Bildung jetzt“, die als Tischvorlage zur Verfügung steht. Seiner Meinung nach wird von den Lehrenden heute mehr verlangt als sie leisten können. Man muss die Lernenden darauf hinweisen, dass sie für ihren Bildungserfolg selbst (mit)verantwortlich sind. Die Bildungsstandards sieht er problematisch da die Lehrer/innen nicht die Ergebnisse ihrer Schüler/innen erfahren sollen. Er tritt für einen lehrerzentrierten Unterricht ein, verweist auf Finnland, wo es Unterrichtsstunden in denen etwas vorgetragen wird, (z. B. in Geographie) mit 70 Schüler/innen gibt und wo die Schüler/innen nach jeder Unterrichtsstunde ins Freie hinaus müssen. Chancengerechtigkeit kann seiner Meinung nach durch die Schule nicht bewirkt werden, aber das gleiche Recht aller auf die jeweils beste Bildung muss Ziel sein. Er plädiert für „so viel Integration wie möglich bei so viel Separation wie notwendig“. Da Eltern die Spezialisten für ihre Kinder und Lehrer die Spezialisten für ihre Schüler sind, sollten Eltern und Lehrer/innen partnerschaftlich zusammenarbeiten, echte Partner können sie aber nicht sein, denn Schule und Elternhaus ist eine Zweckgemeinschaft bei der man sich den Partner nicht aussuchen kann.

In der folgenden von **Martin Gebhart** von den Niederösterreichischen Nachrichten moderierten **Diskussion** verweist der Rektor der PH Wien-Krems **Univ. Prof. Dr. Michael Wagner** auf die Problematik einer Bildung in ökonomisierter Form, die einer zunehmenden Standardisierung unterworfen wird und bei einem Teaching to the Test vergisst, dass Menschen beteiligt sind. Er betont die Wichtigkeit der inneren Differenzierung, spricht sich aber für unterschiedliche Schultypen aus wenn die Durchlässigkeit gewährleistet ist. Er betont die zentrale Rolle der Eltern, die optimale Differenzierung findet im Elternhaus statt, deshalb sollte das Element Familie in der Bildungsdiskussion gestärkt werden. Die Bildungsdiskussion kommt ihm derzeit ziemlich ziellos vor.

Auch Direktorin **Mag. Isabella Zins** ist mit der Bildungsdebatte unzufrieden, der von Medien vermittelte Eindruck, dass alles schlecht wäre, stimmt nicht. Die Diskussion führen sogenannte Exper-

ten, die Betroffenen Eltern – Lehrer – Schüler sind zu wenig einbezogen. Die Politik muss eine positive Stimmung erzeugen und die Bildung muss vor dem Schuleintritt beginnen.

Es folgen die Statements der Vertreter der vier im Landtag vertretenen Parteien und die Aussagen befassen sich vor allem mit dem Thema Gesamtschule, wobei die bekannten Positionen bezogen werden: SPÖ und Grüne dafür, ÖVP und FPÖ dagegen.

Emmerich Weiderbauer(Grüne) findet sonst viel Positives am Konzept, meint es sollen nur die am besten geeigneten Personen Lehrer werden und verweist auf überfüllte AHS Unterstufenklassen und Hauptschulen die um Schüler kämpfen.

Ing Martin Huber (FPÖ) beklagt das Überhandnehmen von Schulversuchen, spricht sich für eine Förderung bei den Deutschkenntnissen und ein differenziertes Schulsystem, das die Hauptschulen stärkt, aus. Auch die Kompetenzen Bund – Land müssen geklärt werden.

Mag. Günther Leichtfried (SPÖ) sieht auch Positives am Konzept, es gibt eine Krise, aber nicht alles ist schlecht. Österreich ist Schlusslicht bei frühkindlichen Bildungseinrichtungen für unter Dreijährige. Wir stehen in einem Wettbewerb, den ökonomischen Gesichtspunkt kann man nicht außer Acht lassen. Die neue Mittelschule ist nur ein erster Schritt, die AHS Unterstufe muss abgeschafft und eine ganztägige verschränkte Schulform eingeführt werden.

Karl Bader (ÖVP) verweist auf die großen Unterschiede zwischen Stadt und Land, auf die Notwendigkeit, dass die Kinder vor dem Schuleintritt die Unterrichtssprache beherrschen sollten. Ein Allheilmittel sieht er in der Gesamtschule absolut nicht, andere Länder wie Großbritannien oder Frankreich denken an deren Abschaffung. Bei der ganztägigen Schulform müssen die Eltern die Wahlfreiheit haben.

Im Anschluss wird unter Beteiligung des Publikums vor allem über Für und Wider einer Gesamtschule mit innerer Differenzierung diskutiert, die einen halten das für möglich und sinnvoll, die anderen nicht. Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Eltern wäre gut, aber leider wären manche Eltern nicht erreichbar und da Elternbildung nicht verordnet werden kann, müsste man Anreize schaffen. Schüler/innen würden ohnedies im Mittelpunkt stehen, ihnen sei das aber egal. Angemerkt wird, dass es „die“ Neue Mittelschule gar nicht gäbe sondern neun verschiedene Modelle. Ein Bezirksschulinspektor verweist sogar auf die Unterschiede der acht NMS in seinem Bezirk. Niederösterreich hat sein ursprüngliches zweijähriges Modell fallen lassen und führt auch ein vierjähriges Modell. Elternvertreterin **Maria Smahel** fragt nach der Evaluierung des Konzepts und verweist auf die große Unsicherheit der Eltern wie es nach den vier Jahren mit den Berechtigungen aussehen wird.

Bader verweist auf die Evaluierung von Univ. Prof. Hopman in NÖ, es zeige sich viel Positives, aber Eltern stellen manchmal zu hohe Ansprüche.

Aus dem Publikum kommt der Vorschlag, die Politik sollte die Streitpunkte ausklammern und das umsetzen, wo es Gemeinsamkeiten gibt, denn dieser Bereich wäre sehr groß.

Wäre er Minister, würde **Weiderbauer** alle an Bildung interessierten zur Diskussion einladen, **Ing Huber** eine Expertenrunde einladen und das Gemeinsame umsetzen, **Mag. Leichtfried** die Diskussion beenden und Taten setzen, **Bader** die Lehrer/innen stärker einbeziehen und eine Verwaltungsreform in Richtung Föderalismus umsetzen. **Direktorin Mag. Zins** wünscht sich höhere Bildungsausgaben gemessen am BIP und eine geordnete und nicht überstürzte Umsetzung der geplanten Reformen (Reifeprüfung, modulare Oberstufe), **Rektor Dr. Wagner** eine sinnvollere bildungspolitische Diskussion da derzeit die Verunsicherung groß sei.

Dr. Josef Grubner erklärt zum Abschluss, dass das Bildungskonzept nach nochmaliger Diskussion bei Veranstaltungen wie dieser an das Ministerium geschickt wird und wünscht sich, dass mehr Geld an die Schulen anstatt an die unterschiedlichen Bildungsinstitute kommen möge.

Dr. Christine Krawarik